

## Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.: 1/2021

Sitzung: Gemeinderat

Datum: 23.02.2021

Zeit: 19:00 Uhr – 21:30 Uhr

Ort: Aula Schulzentrum, Alter Postweg 10

Vorsitz: Bürgermeister Volk

Mitglieder anwesend:

**Grüne**  
Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann, Weber  
und Dr. Welter;  
Stadträte Katzenstein und Konrad

**FW**  
Stadträtin Stephanie Streib,  
Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl,  
KH Streib und Wachert

**CDU**  
Stadträtinnen Harant, Oppelt und von Reumont,  
Stadträte Bernauer und Rupp

**SPD**  
Stadträtin Linier und Oehne-Marquard,  
Stadträte Bergsträsser, Hertel, Keller und  
Schimpf

**Linke**  
Stadtrat La Licata

**Ohne Fraktionszugehörigkeit**  
Stadtrat Fritsch

weiter anwesend: Herr Weiher (FB 2), Herr Horvath (FB 4),  
Herr Ansorge (FB 6)

Mitglieder entschuldigt: Stadträtin Geißler, Stadtrat Wagner

Urkundspersonen: Stadträtin Dr. Welter und Stadtrat Rupp

Sachvortrag: Herren Rukiqi und Rechtsanwalt Maaß, Frau  
Architektin Busch (RED GmbH)

Schriftführerin: Frau Taag

0: **Bürgerfragestunde**

Ein Mückenlocher Bürger erkundigt sich erneut nach dem Evangelischen Gemeindehaus Mückenloch. Hier seien sämtliches Mobiliar und Gerätschaften demontiert und verschrottet worden, worüber auch in der Presse berichtet wurde. Er fragt, wie und wann die Räumlichkeiten neu ausgestattet werden sollen.

Der Bürgermeister antwortet, dass die genannte Ausstattung nicht mehr brauchbar gewesen sei. Das Gemeindegemeinschaftshaus würde angemessen und notwendig ausgestattet, wenn es in Betrieb gehe.

Der Bürger fragt zudem nach der Thematik „Haager Feld“. Man bekomme keine neuen Informationen. Er möchte wissen, ob die Vorgehensweise überall so sei oder nur in Mückenloch.

Der Bürgermeister erwidert, dass es hier noch keinen neuen Stand gäbe. Die Stadt sei weiterhin in Kontakt mit dem Rhein-Neckar-Kreis. Es sei überall verpflichtendes Vorgehen, dass wenn Bauland neu erschlossen werde, die Erschließungsfragen im Vorhinein zu klären. Bezüglich des „Haager Feldes“ sei die Frage der Kanalisation schwierig. Möglicherweise müssten neue Leitungen um das Gebiet herumgeleitet werden, was die Bebauung unwirtschaftlich mache.

Die Inhaberin eines Reisebüros führt zunächst die bedeutende Rolle des Tourismus in Neckargemünd aus. Mit 70.000 Übernachtungen im Jahr ließen Touristen bis zu einer Million Euro in der Stadt. Neckarsteinach sei touristisch besser aufgestellt, obwohl die Lage vergleichbar sei. Sie fragt, in welcher Form die Stadt Neckargemünd eine neue Tourist-Info plane und welche Kosten die Wiedereingliederung in die Stadtverwaltung im Vergleich zu einer Fremdvergabe verursachten.

Der Bürgermeister antwortet, Neckargemünd habe als einzige Kommune dieser Größenordnung die Tourist-Info „outsourct“. Nun habe die Stadt sich entschlossen, die Tourist-Info wieder an die Stadtverwaltung anzugliedern, um das Stadtmarketing enger mit der Tourist-Info zu verknüpfen. Die hiesigen Öffnungszeiten seien großzügiger als im vergleichbaren Umland. Zukünftig sollten sie saisonal angepasst werden. Die Kosten der Wiedereingliederung seien in etwa ähnlich wie zuvor in der Fremdvergabe. Bei der Fremdvergabe habe die Stadt wenig Einfluss darauf, was in der Tourist-Info passiere.

Die Geschäftsinhaberin merkt an, dass die Tourist-Infos der Städte Neckarsteinach und Sinsheim auch ganztägig geöffnet hätten. Ihr Reisebüro sei nie nach der Übernahme der Tourist-Info in Fremdvergabe gefragt worden. So habe sie auch kein günstigeres Angebot machen können.

Der Bürgermeister erwidert, dass die Verwaltung keine Anfrage gestellt habe, da beabsichtigt sei, die Tourist-Info nicht mehr fremd zu vergeben, sondern in die Stadtverwaltung einzugliedern.

Eine Mückenlocher Bürgerin drückt ihr Bedauern darüber aus, dass der Stadtputztag im März abgesagt sei. Sie schlägt vor, dass die Stadt Bürgerinnen und Bürgern Müllsäcke ausgeben und Teilstrecken für die Landschaftsreinigung vergeben könne. Die Aktion könne öffentlichkeitswirksam über Social Media begleitet werden.

Der Bürgermeister antwortet, dass der Termin für die Kernstadt auf Mai und für die Ortsteile auf den Herbst 2021 verschoben wurde. Wenn sich die Bürgerin bereits im Frühjahr auf diese Art einsetzen wolle, unterstütze die Stadt das gerne.

Die Bürgerin sagt, dass der Termin zur Diskussion des Starkregengutachtens im Ortschaftsrat Mückenloch abgesagt worden sei. Nach dem Gutachten der Firma Geomer sei Neckargemünd aufgefordert worden, ein Handlungskonzept mit allen

betroffenen Personen, darunter auch Landwirte und Anwohner, zu erstellen. Nun sei es nur mit Einbeziehung der Feuerwehr erstellt worden. Sie warte seit 2018 auf eine Beteiligungsmöglichkeit.

Der Bürgermeister betont, dass Gespräche und Austausch zwischen Stadtverwaltung und Bürgerin stattgefunden hätten. Als erster Schritt sei ein Handlungskonzept erarbeitet worden. Es werde nun permanent überarbeitet und sei nicht in Stein gemeißelt. Die Situation vor Ort ändere sich schließlich auch mit neuen Gebäuden, eingebauten Rechen, veränderten Bachläufen und vielem mehr.

Die Bürgerin beschuldigt die Stadt Neckargemünd, mitverantwortlich für die Schäden an ihrem Grundstück zu sein.

Der Bürgermeister erwidert, Mitarbeitende von Tiefbauamt und Landratsamt seien unzählige Male vor Ort gewesen und hätten sich ein Bild von der Lage gemacht und für Verbesserung gesorgt.

Ein Neckargemünder Bürger spricht ein Interview mit dem Bürgermeister an, das im Neckarboten vom 30. Juli 2020 erschienen sei. Darin werde der Bürgermeister mit der Aussage zitiert, es gäbe „Personen, die in Neckargemünd nur negativ unterwegs seien, sozusagen als Bulldozer, die alles platt machen wollten“. Der Bürger fragt, ob er sich vor etwas fürchten müsse.

Der Bürgermeister antwortet, bei ihm müsse sich niemand fürchten, der ordentlich mit ihm umgehe. Und das täten 99,9% der Neckargemünder. Es gäbe Menschen in der Stadt, die äußerten sich gegenüber ihm, Mitarbeitenden und Stadträten und -rätinnen nicht respektvoll. Denen gehe es nicht um eine sachliche, respektvolle Auseinandersetzung, sondern das Erreichte zum Einstürzen zu bringen. Dies mache vieles kaputt.

Der Bürger erkundigt sich nach der Sicherheitslage in Neckargemünd. Es gebe das Gerücht, dass der städtische Ordnungsdienst mit Schusswaffen bewaffnet werden solle.

Der Bürgermeister antwortet, dass dies absolut nicht der Fall sei. Die Waffengewalt gehöre der Polizei. Die Mitarbeitenden im Ordnungsdienst hätten das Recht, zum Eigenschutz Pfefferspray mit sich zu führen. Gerüchte dieser Art machten ihn sprachlos.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr.11/2020 vom 08.12.2020**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser weist auf einen Tippfehler im TOP 7 hin. Stadtrat Fritsch sei für 20 kommunalpolitische Tätigkeit, nicht 2 Jahre, geehrt worden.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 12/2020 vom 08.12.2020 gefassten Beschlüsse**

- 2.1: **Sachvortrag:**  
Die Tischvorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.
- 2.2: **Beratung:**
- 2.3: **Beschluss:**  
Die Beschlüsse werden wie in der Vorlage bekanntgegeben.

### 3: **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Rainbach 2.0: Aufstellungsbeschluss**

- 3.1: **Sachvortrag:**  
Die Vorlage des FB 6 – Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.
- 3.2: **Beratung:**  
Die Herren Rukiqi und Maaß und Frau Busch stellen das Bauprojekt vor. Dieses sieht 21 Wohneinheiten, 15 Zimmer und 2 Gastronomieflächen vor.  
Stadtrat Konrad spricht im Namen der Fraktion der Grünen Anerkennung für die bereits erbrachten, umfangreichen Planungsleistungen aus. Der Dialog sei gesucht und mutige Ideen entwickelt worden. Einwände hätten die Grünen hingegen beim Energiekonzept, das teilweise widersprüchlich sei. Es enthalte keine Verpflichtungen, sondern nur die Minimalanforderungen. Der Klimawandel müsse bei allen Planungen im Hinterkopf behalten werden. Neubauten müssten klimaneutral bis klimapositiv sein. Das Bewusstsein für diesen Umstand drücke sich in der Planung noch nicht aus. Zement sei ein Klimakiller, daher möchte die Fraktion eine CO<sub>2</sub>-speichernde Bauweise sehen. Die Grünen unterstützten den Aufstellungsbeschluss, kündigen aber an, dem Bebauungsplan nicht zuzustimmen, wenn er nicht in diesem Punkt zeitbewusst gestaltet werde.  
Stadtrat Rehberger kündigt an, dass seine Fraktion dem Aufstellungsbeschluss nicht zustimmen werde. Die gesamte Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler ist dem Protokoll beigefügt.  
Stadtrat Bernauer sagt, die CDU-Fraktion sehe angesichts des Grundstücks-Querschnitts keine bessere Möglichkeit, wirtschaftlich zu bauen. Er hoffe auf weitere konstruktive Zusammenarbeit mit der RED GmbH. Wichtig sei, dass KfW-Standards eingehalten würden. Trotz der immensen Größe des Bauvorhabens wirke es durch die Fassadengestaltung nicht mehr wuchtig, sondern luftig. Das Bauprojekt wäre ein Alleinstellungsmerkmal in der ganzen Region. Die CDU-Fraktion werde dem Aufstellungsbeschluss zustimmen.  
Stadtrat Schimpf kündigt an, die SPD-Fraktion könne dem Beschluss nicht zustimmen. Die gesamte Stellungnahme der SPD-Fraktion ist dem Protokoll beigefügt.  
Herr Rukiqi erwidert, sein Unternehmen habe bisher immer KfW-Standards erfüllt. Es sei ein großer Kostenpunkt, sich bereits so intensiv mit energetischen Gesichtspunkten zu beschäftigen, wenn noch nicht klar sei, ob das Projekt genehmigungsfähig sei. Sobald es genehmigungsfähig sei, werde dies geschehen. Ihm sei daran gelegen, die Öffentlichkeit zu beteiligen. Daher hätte er sich bewusst vor dieser Sitzung an die Rhein-Neckar-Zeitung gewendet und das Projekt veröffentlicht,

auch um Spekulationen vorzubeugen. Das Grundstück stehe im Eigentum der RED GmbH, und sie dürften dort Bäume fällen. Rechtlich müssten sie keine große Veranstaltung machen und die Öffentlichkeit durch das Baugrundstück führen. Neckargemünd brauche sowohl Wohnraum als auch Hotelbetten und Tagesräume. Das Bauprojekt sei, so wie heute vorgestellt eine Bereicherung für die Region. Man müsse auch anerkennen, dass jemand mitten in der Corona-Pandemie bereit sei, in dieser Größe zu investieren.

Herr Maaß sagt, dass es schon Aussagen zum Energiekonzept gebe. Diese gehörten aber nicht zum Aufstellungsbeschluss. Ein Aufstellungsbeschluss heiße nur, dass man in das Verfahren einsteige und loslege. Dann könne man all die Themen besprechen. Aus Respekt vor dem Gemeinderat sei das Konzept erst dem Gremium und dann der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

Herr Rukiqi ergänzt, dass man nicht gleichzeitig etwas behalten und verändern könne. Stadtrat La Licata sagt, architektonisch gefalle ihm das Vorhaben sehr gut, insbesondere die Schiffchen. Die Wohnungseinteilung fände er auch sehr positiv. Bei der geplanten Buntsandsteinfassade des Hotels fände er toll, dass die RED GmbH die Anregung des Gemeinderats angenommen habe. Die Ansicht der Rainbach als Weiler werde durch das Bauprojekt verändert. Aber was sei die Alternative? Die Gebäude verfallen zu lassen? Wohnblocks zu bauen? Die Öffentlichkeitsbeteiligung folge ordnungsgemäß im Bebauungsplanverfahren. Er würde sich sehr freuen, wenn Ortschaftsrat und Bevölkerung von Dilsberg und Rainbach mehr als nur notwendig miteingeschlossen würden. Der Aufstellungsbeschluss sei zustimmungswürdig, daher werde er auch zustimmen. Beim Energiekonzept schließe er sich den Grünen an. Im Bebauungsplan müsse das angepasst werden.

Stadtrat Katzenstein bittet im Verfahren zu gewährleisten, dass der Weg entlang des Ufers für die Öffentlichkeit weiter frei bleibe. Im Verfahren solle auch ein Modell präsentiert werden.

Herr Rukiqi bestätigt, dass der Weg privat sei und zu seinem Grundstück gehöre. Er solle aber öffentlich bleiben. Dies könne gerne mit der Stadt vertraglich geregelt werden.

Stadtrat Streib sagt, er sei von der Bürgerschaft als Ortsvorsteher gewählt, daher vertrete er das Bürgerinteresse und nicht das Investoreninteresse. Dilsberg müsse so früh wie möglich mit ins Boot genommen werden. Er bittet um eine Infoveranstaltung für Bürgerinnen und Bürger. Wenn die Planung überwiegend auf Zustimmung stoße, sei er auch einverstanden. Er wolle verhindern, dass Bürgerinitiativen oder Petitionen die Planung verzögerten. Das neue Gebäude gefalle ihm schon besser als die erste Planung. Er würde gespannt in die Zukunft sehen.

Stadtrat Fritsch sieht das Projekt als Bedarfsplanung für die Stadt Neckargemünd. Das Bauvorhaben würde sich in den Berg einschmiegen. Heidelberg werde neidisch sein. Er weist daraufhin, dass die Stadtschon eine Schiffsanlegestelle dort genehmigt habe. Ein Hotel könne nicht überleben mit 15 Zimmern. Er würde einem Bebauungsplan zustimmen. Das Vorhaben sei eine Bereicherung für Neckargemünd.

Stadtrat Schimpf merkt an, dass der Punkt Wirtschaftlichkeit gegen Kritik gerne erhoben werde. Dies dürfe nicht über die Dimensionierung der gesamten Anlage täuschen. Er habe nichts gegen das Hotel und das Restaurant. Er sieht jedoch die Wohnbebauung für die ganze Umgebung problematisch.

Herr Rukiqi kündigt an, dass die Straße um 2,10 Meter zum Grundstück hin verbreitert werden soll, so dass keine negativen Auswirkungen auf den Verkehr zu erwarten seine. Auch die Ampelschaltung könne man problemlos anpassen.

Stadtrat Hertel ergänzt, die Zurückhaltung der SPD-Fraktion liege in der Art des Verfahrens. Nach der Hauptsatzung müsse der Ortschaftsrat bei einer für die Ortschaft wichtigen Angelegenheit beteiligt werden, bevor der Gemeinderat den Prozess in Gang bringe. Die Planung sei schon so weit fortgeschritten, da könne der Ortschaftsrat nicht mehr viel mitsprechen. Es hätte heute gereicht, nur die „rote Linie“ zu präsentieren, die das zu bebauende Grundstück umreißt. Die energetische Bebauung hänge schon mit dem Volumen der Bebauung zusammen und müsse ganz am Anfang stehen. Daher fände er den Beschluss zu früh.

Der Bürgermeister sagt, natürlich werde der Ortschaftsrat beteiligt. Das Verfahren sei hier ganz klar: erst käme der Aufstellungsbeschluss des Gemeinderats, dann die Öffentlichkeitsbeteiligung und dann der Bebauungsplan. Er bittet Herrn Ansorge vom Fachbereich 6: Bauwesen, Tiefbau, Verkehr zu klären, was genau der angestrebte Aufstellungsbeschluss heute definiere.

Herr Ansorge antwortet, dies sei rechtlich eine schwierige Frage. Heute seien schon die Verfahrensbeschreibung und eine ausführliche Präsentation vorgelegt worden. Bei größeren Planänderungen könnte der heutige Aufstellungsbeschluss wieder ungültig werden. Er könne aber jederzeit formal neu beschlossen werden.

Der Bürgermeister sagt, festgeschrieben werde heute die Grenze des Gebietes. Größe, Höhe und weiteres eher nicht.

Herr Maaß bestätigt, der Aufstellungsbeschluss lege nur die „rote Linie“ fest und bezeuge die grundsätzliche Zustimmung des Gemeinderats zur Bebauung der Fläche. Er merkt an, dass nun kritisiert werde, dass sie schon mehr präsentiert haben. Wären sie jedoch nur mit der „roten Linie“ zur Sitzung gekommen, hätte das Gremium gesagt, man wolle erstmal wissen, was das Unternehmen da überhaupt vorhabe.

Stadtrat La Licata erklärt, dass ein Bebauungsplan eine Satzung sei. Das Gremium beschließe heute, dass die Stadt in das Verfahren zum Beschluss dieser Satzung einsteige.

Der Bürgermeister wiederholt, dass es insbesondere um die Größe des Bebauungsgebietes gehe, also die „rote Linie“. Es könne aber sein, dass im Laufe des Verfahrens diese „rote Linie“ nochmal verschoben werden müsse. Grundsätzlich habe es im Gremium keinen Widerspruch gegen den Dreiklang der Nutzung als Wohnen, Gastronomie und Hotellerie gegeben. Nachbesserungen seien beim Energiekonzept und eventuell der Größe der Kubatur gewünscht. Der heutige Aufstellungsbeschluss erfolge mit Vorbehalt hinsichtlich dieser Aspekte.

Stadtrat Schimpf beantragt eine namentliche Abstimmung.

In der Abstimmung stimmen dafür: der Bürgermeister und die Stadträtinnen Groesser, Dr. Welter, Schlüchtermann, Weber, von Reumont, Harant und Oppelt sowie die Stadträte Katzenstein, Konrad, Rupp, Bernauer, Fritsch und La Licata (Grüne und CDU, Linke und ohne Fraktionszugehörigkeit).

Es stimmen dagegen: die Stadträtinnen Streib, Oehne-Marquard und Linier sowie die Stadträte Rehberger, Wachert, Dr. Rothe, Streib, Scholl, Schimpf, Hertel, Keller und Bergsträsser (alle Freien Wähler und SPD).

### 3.3: **Beschluss:**

Nach mehrheitlichem Beschluss mit 14 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen wird für den im Lageplan in der Fassung vom 24.11.2020 dargestellten Bereich nach § 12 BauGB i.V.m. § 2 Abs.1 BauGbb ein vorhabenbezogener Bebauungsplan mit Vorhaben- und Erschließungsplan aufgestellt. Der Vorhaben- und Erschließungsplan wird vom

Vorhabenträger RED Real Estate Development GmbH, Opelstraße 7, 68789 St. Leon-Roth ausgearbeitet.

Vor Aufruf des nächsten TOPs verlässt Stadtrat Dr. Rothe wegen Befangenheit das Räterund und nimmt im Zuschauerraum Platz.

4: **Betriebsführungsvertrag über die Evangelische Kita Kleingemünd  
– Anpassung der finanziellen Beteiligung der Stadt Neckargemünd**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 – Bildung, Kultur, Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

4.2: **Beratung:**

Herr Weiher betont, dass es hierbei nur um den Standort Kurpfalzstraße gehe.

Stadträtin Groesser erklärt, Widerspruch gegen den Vorschlag der Verwaltung, im Schriftlichen Verfahren über den TOP zu befinden, eingelegt zu haben. Sie sei für den Erhalt des Kindergartens, habe jedoch Nachfragen zu dem von der Kirche vorgeschlagenen Modell. Zum einen möchte sie wissen, wie man einen Vertrag über hundertprozentige Kostenübernahme eingehen könne, wenn man keinen Einfluss auf die Ausgaben habe. Weiter möchte sie wissen, was mit den anderen kirchlichen und freien Kindergärten sei. Schließlich fragt sie nach der Vertragslaufzeit.

Herr Weiher erklärt, dass es bei der heutigen Beschlussfassung nicht darum gehe, einen detaillierten Vertrag abzuschließen, sondern nur zu entscheiden, welches Modell gewählt werden solle. Der Träger des Kindergartens könne auch vertraglich verpflichtet werden, kostengünstig zu wirtschaften.

Der Bürgermeister ergänzt, die Zusammenarbeit mit dem kirchlichen Träger sei vertrauensvoll und funktioniere gut. Das Vertragsmodell sei für die Stadt günstig. Selbst wenn die Stadt einen Kindergarten zu hundert Prozent finanziere, sei dies günstiger, als wenn die Stadt selbst Träger sei, unter anderem wegen der Frage der Personalgewinnung.

Stadtrat Rehberger kündigt an, dass die Fraktion der Freien Wähler zustimmen werde. Es sei immer besser, man habe einen fremden Träger, als wenn die Stadt Kindergärten selbst betreiben müsse. Seine Fraktion sei stolz auf die Vielfalt der Kindergärten in Neckargemünd.

Stadträtin Oppelt äußert sich erfreut über die gute Zusammenarbeit mit dem evangelischen Kindergarten. Die CDU-Fraktion favorisiere die vorgeschlagene Variante 2. Sie würden zustimmen, hätten jedoch zwei Fragen. Erstens: werden hierdurch Begehrlichkeiten bei anderen Kindergärten geweckt? Und zweitens: ist eine außerordentliche Kündigung des bisherigen Vertrags möglich?

Herr Weiher antwortet, die Vertragslaufzeit würde im Nachgang an die Beschlussfassung ausgehandelt.

Der Bürgermeister ergänzt, die Stadtverwaltung werde einen langfristigen Vertrag von etwa 20 Jahren abschließen. Beide Seiten bräuchten Verlässlichkeit.

Stadträtin Groesser sagt, der vom Träger genannte Grund sei die interne Umgestaltung in der Kirchenverwaltung, bei der Kosten „nach unten“ durchgegeben würden und die untere Ebene könne dies nicht tragen. Das müsse doch auch für die anderen evangelischen Kindergärten gelten.

Der Bürgermeister antwortet, die Stadt habe mit den Trägern Einzelverträge und heute gehe es um die Einrichtung in der Kurpfalzstraße. Es könne nicht gewährleistet werden, dass bei den anderen Begehrlichkeiten geweckt würden. Die evangelische Kirchengemeinde habe in den letzten Jahren viel bezuschusst.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig bei zwei Enthaltungen, den bestehenden Betriebsführungsvertrag mit der Evangelischen Kirche, betreffend die Evangelische Kita Kleingemünd, rückwirkend zum 01.01.2021 als FAG-Deckelungsvertrag abzuschließen. Die Anpassung der Verwaltungskostenpauschale soll dabei auf den von der Kirche vorgeschlagenen Prozentsatz von zunächst 3,8 % und später auf 6 % erfolgen.

Stadtrat Dr. Rothe kehrt zurück ins Räterund.

5: **Umbildung von Ausschüssen**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

5.2: **Beratung:**

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die in der Vorlage genannten Ausschüsse neu zu besetzen. Dabei wählt er im Wege der Einigung die in der Vorlage aufgeführten Personen zu Mitgliedern bzw. zu stellvertretenden Mitgliedern der betreffenden Ausschüsse sowie der Schwimmbadkommission, und wählt für die Sitze der übrigen Fraktionen die gleichen Personen, die den Ausschüssen bzw. der Schwimmbadkommission in der alten Besetzung angehört haben, erneut auf die gleichen Positionen.

6: **Zehnerkarten für Parkgenehmigungen Stadträte – Erneute Behandlung**

6.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

6.2: **Beratung:**

Herr Horvath merkt an, dass er bei der ursprünglichen Sitzung nicht anwesend gewesen sei. Er könne nicht verstehen, wozu man eine Parkkarte für den Rathausparkplatz brauche, wenn rund um das Rathaus 45 kostenfreie Parkplätze zur Verfügung stehen.

Der Bürgermeister betont, dass der Verwaltungsaufwand für die Zehner-Parkkarten zu groß sei. Daher habe er seinen Widerspruch eingelegt.



Stadtrat Schimpf äußerte, ihm gefalle nicht, dass in der Presse immer wieder von „Parkgenehmigung für Stadträte“ die Rede sei. Es gehe hierbei aber nicht nur um Stadträte.

Stadtrat Katzenstein erklärt, die Fraktion der Grünen lehnten Zehner-Parkkarten im Interesse des Klimaschutzes ab. Die Folgen des Klimawandels seien auch schon in Neckargemünd spürbar. Verkehr sei und bliebe das „Sorgenkind“. In allen anderen Sektoren sei eine Senkung der Emissionen erreicht worden, die Verkehrsemissionen seien sogar noch gestiegen. Die Parkraumbewirtschaftung sei hier ein Werkzeug. 50 Cent Parkgebühr sei kein Hindernisgrund, das Auto zu nehmen. Darüber hinaus habe die Stadt bereits eine Parkraumbewirtschaftung erarbeitet. Warum sollte man jetzt einen Schnellschuss machen? Der Verwaltungsaufwand stehe in keinem Verhältnis zu den Einkünften. Er bittet daher das Gremium, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Stadtrat Hertel sagt, teilweise seien Dinge durcheinandergebracht worden. Der Antrag sei losgelöst vom „Fall Bergsträsser“ zu betrachten. Es seien auch andere Orte und Personen betroffen. So ein Ticket könne auch für andere Vorteile haben. Der Antrag selbst sei nicht rechtswidrig gewesen. Er fragt, ob das Gremium für die Entscheidung nicht auch wieder eine Sechsmonatsfrist habe. Die Parkplätze, auf die sich die einzuführenden Zehner-Parkkarten beziehen sollen, seien der Parkplatz am Schulzentrum, am Rathaus, an der Grundschule und eventuell im Menzerpark. Der zum Erwerb berechnete Nutzerkreis sollten diejenigen sein, die dort zu tun haben. Das beinhalte Räte, Lehrer, Presse, externe Referenten, externe Prüfer, Hilfskräfte im Hort und weitere.

Stadträtin Groesser fragt, ob dann jeder einen Arbeitsvertrag vorlegen müsse, um die Zehner Parkkarten zu bekommen.

Stadtrat Hertel fragt, ob der Beschluss neugefasst werden könne oder ob man nur auf die Klarstellungen eingehen müsse.

Herr Horvath sagt, es müssten dann eigentlich alle privatrechtlich betriebenen Parkplätze der Stadt berücksichtigt werden. Da kämen weitere Plätze hinzu; die Parkplätze entlang der Dilsberger Straße, an der Erich-Kästner-Schule, am Letzten Heller und am Stadttor hätten andere Preise, seien nach Landesrecht (StVO) zu beurteilen.

Der Bürgermeister sagt, der Antrag müsse genauer formuliert sein und auf die Fragen nach dem Wer, Wo, Wie und Was eingehen. Schon jetzt seien durch diesen Antrag Einnahmen weggebrochen, weil manche noch keine Jahreskarte kaufen wollten, wenn eventuell eine günstigere Zehner-Parkkarte käme. Er teile die Ansichten von Stadtrat Katzenstein: Parkraum müsse etwas kosten.

Stadtrat La Licata erinnert daran, dass es zu der Thematik schon einmal einen besseren Vorschlag der Verwaltung gegeben habe, der vom Gremium abgelehnt worden sei. Es gäbe bessere Alternativen. Das Gremium beschäftige sich jetzt schon zum vierten Mal damit. Die Zehner-Parkkarten kämen mit einem zu großen Verwaltungsaufwand.

Stadtrat Fritsch spricht der Verwaltung ein Lob aus. Wenn die Zehner-Parkkarte umgesetzt werde, ließe dies die ganze Parkraumbewirtschaftung zusammenbrechen.

Stadtrat Dr. Rothe sagt, der Verwaltungsaufwand und die schwierige Kontrollierbarkeit sprächen deutlich gegen den Vorschlag.

Stadtrat Hertel äußert, man merke, dass die Verwaltung die Zehner-Parkkarten nicht möchte. Die Antragsstellenden möchten sie weiterhin.

Stadtrat Rehberger schlägt als Lösung vor, heute den Beschluss aufzuheben und die Angelegenheit in die Parkraumbewirtschaftungskommission zu geben. Diese könne sich damit befassen und einen neuen durchdachten Antrag stellen.

Stadtrat Rupp stellt im Namen der CDU-Fraktion den Antrag, geheim abzustimmen.  
Frau Polte schlägt vor, erst darüber abzustimmen, ob das Thema in die Parkraumkommission gegeben werden soll.  
Stadtrat Rupp besteht auf geheime Abstimmung.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat entscheidet in geheimer Abstimmung mehrheitlich mit 17 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen, den Beschluss vom 08.12.2020 zur Einführung von Zehnerkarten für bewirtschaftete Parkplätze in städtischem Eigentum aufzuheben und die Thematik an die Parkraumkommission zu verweisen.

7: **Bekanntgabe einer Eilentscheidung: Satzungsänderung Sparkasse**

7.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

7.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Eilentscheidung des Bürgermeisters zustimmend zur Kenntnis. Sie bezieht sich auf eine nachträglich von der Trägerversammlung im schriftlichen Verfahren abzugebende Zustimmung der Stadt Neckargemünd zu der von der Sparkasse beabsichtigten Neufassung der Satzung der Sparkasse.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen  
Stadträtin Dr. Welter

Die Schriftführerin

Stadtrat Rupp